



18.041

Voranschlag der Eidgenossenschaft 2019 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2020–2022

Budget de la Confédération 2019 assorti du plan intégré des tâches et des finances 2020–2022

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.11.18 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.11.18 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.11.18 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.11.18 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.12.18 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.12.18 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.12.18 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.12.18 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.12.18 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.18 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.18 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 13.12.18 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten 1. Budget des unités administratives

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Stiamo per eliminare le divergenze relative al preventivo 2019. La commissione propone, con l'eccezione della posizione 611.A200.0001, di aderire alle decisioni del del Consiglio degli Stati.

Grin Jean-Pierre (V, VD), pour la commission: La Commission des finances s'est réunie hier soir à 19 heures pour éliminer les divergences que nous avons avec le Conseil des Etats. Comme vous le voyez dans le rapport, il restait deux divergences concernant le budget proprement dit et quatre divergences concernant les différents objectifs.

S'agissant du budget proprement dit, nous avons accepté une diminution du poste 735.A200.0001 relatif aux charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire) de l'organe d'exécution du service civil. Le Conseil des Etats a décidé de revenir au projet du Conseil fédéral prévoyant un montant de 40 330 300 francs. La Commission des finances s'est ralliée au Conseil des Etats sur cette divergence.

A la page C2 du dépliant, concernant le nouvel objectif relatif aux commissions extraparlimentaires, la version de notre conseil chargeait le Conseil fédéral de diminuer de dix le nombre de ces commissions. La Commission des finances vous propose de revenir au projet du Conseil fédéral et d'éliminer cette divergence.

Concernant l'évaluation du personnel, aux pages C3 et D4 du dépliant, la Commission des finances vous propose également de suivre le Conseil fédéral et le Conseil des Etats et d'éliminer ces deux divergences.

Une autre divergence concernant les objectifs porte sur le Secrétariat d'Etat aux migrations: la Commission des finances vous propose ici aussi de supprimer le nouvel objectif prévoyant un accord de coopération en matière de migration avec l'Erythrée. Mais vous avez reçu ce matin la proposition Glarner qui vise à maintenir cette divergence.

La dernière divergence que nous avons au niveau du budget proprement dit concerne le Contrôle fédéral des finances. Le Conseil fédéral vous demandait d'augmenter le poste 611.A200.0001, "Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)", de 1,966 million de francs, afin de permettre l'engagement de 10 EPT



supplémentaires pour le Contrôle fédéral des finances. Votre commission, par 14 voix contre 9 et 2 abstentions, vous propose de maintenir cette divergence, afin qu'il y ait tout d'abord une évaluation des besoins avant d'augmenter les effectifs.

Hadorn Philipp (S, SO), für die Kommission: Inzwischen sind die Differenzen zum Ständerat bemerkenswert zusammengeschrunft. Während wir uns bei der vorherigen Differenzbereinigung noch mit 14 Minderheiten auseinanderzusetzen hatten, bestanden nach der Beratung im Ständerat noch etwa zehn. Der Ständerat hatte nun gestern am Prozess der Bereinigung der noch vorhandenen Differenzen zu arbeiten. Diese waren die folgenden:

Der Ständerat respektiert die Kürzung des Nationalrates beim Bundesamt für Gesundheit von 9 Prozent beim Funktionsaufwand. Es stehen also im Jahr 2019 rund 1,42 Millionen Franken weniger zur Verfügung für externe Aufträge, gemäss Bundesrat Ueli Maurer zum Beispiel für die Berichte zum Monitoring der Kosten im Gesundheitswesen, das zu Einsparungen führen sollte.

Der Ständerat gab bei der Reduktion der Ausgaben um 45 Millionen Franken bei der Sozialhilfe für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge ebenfalls nach. In beiden Räten ging es dabei ja nicht um Ausgaben für in Zukunft anfallende Kosten, die sowieso aufgrund gesetzlicher Vorgaben bedarfs- und situationsabhängig fließen werden und bei Kreditüberschreitungen dann ganz einfach zu Nachtragskrediten führen würden. Der Ständerat macht allerdings die Anregung, mit uns zu klären, wie sichergestellt werden kann, dass in jedem Jahr nach gleichen Grundsätzen budgetiert wird und nicht in Zukunft diese Diskussion jährlich stattfinden wird.

Der Ständerat stimmte dem Nationalrat bei der Erhöhung des Budgets für die Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung um 3 Millionen Franken zu.

Bei der Querschnittkürzung für das Jahr 2019 um 19 Millionen Franken beim Sach- und Betriebsaufwand gab nun der Ständerat dem Nationalrat auch nach. Eine Äusserung von Bundesrat Ueli Maurer führte – gemäss dem Amtlichen Bulletin zu dieser Sitzung des Ständerates – dazu. Er sagte, entgegen dem Antrag des Bundesrates sei eine solche Kürzung im Jahr 2019 durchaus möglich, nicht aber für die Folgejahre. Für die Folgejahre folgte der Ständerat also dem Kürzungsansinnen des Nationalrates nicht, aber wie gesagt für das Jahr 2019. Zur Planungsgrösse in Sachen Case Management: Der Ständerat gab dem Ansinnen des Nationalrates nach, das Ziel für die Wiedereingliederungserfolge von 60 auf 70 Prozent zu erhöhen, und zwar auch für die Folgejahre.

Nicht auf den Kurs des Nationalrates eingeschwenkt hat der Ständerat bei folgenden Positionen:

Unser Rat lehnte ja die Erhöhung um 1,9 Millionen Franken zum Ausbau des Personalkörpers um zehn Stellen bei der Eidgenössischen Finanzkontrolle ab, wie sie mit dem Entwurf des Bundesrates zum Budget beantragt wurde. Der Ständerat hielt an diesem Ansinnen fest, das von der vorberatenden Finanzdelegation noch einstimmig gestützt wurde, da es im Interesse von Öffentlichkeit, Transparenz und sinnvoller Kontrolle sei. Wir werden später beim entsprechenden Minderheitsantrag noch separat darauf eingehen.

Die vom Nationalrat beantragte Kürzung bei der Vollzugsstelle für den Zivildienst um rund 1,7 Millionen Franken wollte der Ständerat nicht. Informatik und Bearbeitung der Dossiers müssten in Relation zu den Aufgaben stehen, so wurde

AB 2018 N 2074 / BO 2018 N 2074

gesagt, weshalb diese Kürzung schlichtweg kontraproduktiv wäre.

Der Ständerat erachtete es nicht als zielführend, den Auftrag der Überprüfung der Planungsgrösse bei den ausserparlamentarischen Kommissionen – es geht um eine definierte Reduktion um zehn Kommissionen – an die dafür nicht zuständige Bundeskanzlei zu erteilen, wie es der Nationalrat verlangte. Er lehnte dies ab, ebenso das Ziel, bis zum 31. Dezember 2020 ein Rückkehrabkommen mit Eritrea abzuschliessen, was bisher weder ein anderes Land erreicht habe noch irgendwie absehbar bzw. im Bereich des Möglichen sei.

Ebenfalls nichts abgewinnen konnte der Ständerat dem Ansinnen des Nationalrates, das Ziel zu setzen, bei den Personalbeurteilungen eine nicht weiter definierte Normalverteilung über die vier vorhandenen Stufen zu erreichen. Den Ständerat überzeugte die Argumentation des Bundesrates, dass die Vorgabe einer Verteilung nach der Gauss'schen Kurve wohl zu Demotivation und einer Senkung der Leistungsbereitschaft führen würde. Die Leistungsbereitschaft wurde gemäss mehreren Quellen bei den Mitarbeitern der Bundesverwaltung auch in der Praxis als überdurchschnittlich bestätigt.

Gestern nahm Ihre Finanzkommission zu den vorhandenen Differenzen Stellung. Nachdem der Ständerat bei rund sechs Differenzen nachgegeben hatte, prüfte auch die Finanzkommission des Nationalrates in der Vorberatung, wo wir nachzugeben bereit sind und wo wir noch festzuhalten gedenken.



Beim Zivildienst, bei der Zielvorgabe in Sachen Reduktion ausserparlamentarischer Kommissionen und beim Rückkehrabkommen mit Eritrea will Ihre Finanzkommission die bisherige Position aufgeben, ebenso bezüglich der Vorgabe bei der Personalbeurteilung.

Das Thema Eritrea wäre somit vom Tisch. Jetzt ist allerdings noch ein Einzelantrag gestellt worden; ich weiss nicht, ob er bereits ausgeteilt worden ist. Deshalb müssen wir auf dieses Rückkehrabkommen mit Eritrea zurückkommen. – Ich werde soeben informiert, dass der besagte Einzelantrag zu Eritrea bereits wieder zurückgezogen worden ist. Somit können wir es uns ersparen, darüber zu informieren.

Wir werden dann auf die Minderheit Kiener Nellen nach deren Begründung noch separat eingehen.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Come anticipato dal relatore di commissione, la proposta Glarner è stata ritirata.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Ich darf Ihnen namens der Minderheit beantragen, dem Budgetantrag der Eidgenössischen Finanzkontrolle zu folgen. Dieses Budget wurde sowohl durch die vorberatende Finanzdelegation wie auch durch die ständerätliche Finanzkommission einstimmig genehmigt; zudem wurde es gestern erneut, zum zweiten Mal, einstimmig durch den Ständerat genehmigt.

In diesem Rat hat sich Widerstand aufgebaut, obschon die Grundlagen für die Personalaufstockung bei der Eidgenössischen Finanzkontrolle belegt sind. Die Grundlagen sind vorhanden: Der Mehraufwand, die Mehraufgaben bestehen, sowohl bei den komplexer werdenden IT-Prüfungen als auch bei den Prüfungen der bundesnahen Unternehmen. Der Mehraufwand für die Prüftätigkeit der Eidgenössischen Finanzkontrolle ergibt sich zudem aus den Folgerungen und Empfehlungen des Berichtes zu Insieme. Solche Fälle wie jenen von Insieme wollen wir alle nicht mehr. Es ist in unser aller Interesse, dass das oberste Finanzaufsichtsorgan des Bundes, nämlich die Eidgenössische Finanzkontrolle, adäquat, mit genügend Personal, ausgestattet ist. Die Eidgenössische Finanzkontrolle schreibt Folgendes, ich zitiere dazu den Band 2B zum Voranschlag 2019, Seite 111: "Der Personalaufwand steigt gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent. Die Ressourcen der Eidgenössischen Finanzkontrolle reichen nicht aus, um eine wirksame Risikoabdeckung zu gewährleisten. Der Mehrbedarf begründet sich insbesondere durch die gestiegene Anzahl der Prüfungen von Unternehmungen des Bundes sowie eine Zunahme im Bereich der IT-Revisionen."

Sach- und Betriebsaufwand: Der Sach- und Betriebsaufwand nimmt gegenüber dem Vorjahr um 4,2 Prozent ab. Die Reduktion betrifft die Ausgaben im Bereich der externen Dienstleistungen.

Mit anderen Worten: Die Eidgenössische Finanzkontrolle möchte – sie wird dabei durch Ständerat und Finanzdelegation einstimmig unterstützt – um zehn Stellen aufstocken, von 108 auf 118 Vollzeitstellen. Sie baut aber gleichzeitig beim Sach- und Betriebsaufwand um 240 400 Franken ab – das möchte ich auch mal gesagt haben. Die Stellenaufstockung bei der Eidgenössischen Finanzkontrolle wird sich selbst finanzieren, das wissen wir alle. Die Prüfungen bringen Mehrertrag oder Minderkosten, das ist durch die Vergangenheit reichlich belegt.

Die Mehrheit nimmt in Kauf, dass die Finanzkontrolle Zusatzaufträge ablehnen muss. Dazu ist sie gemäss Gesetz befugt. Ich darf Ihnen als Mitglied in unserem Rat seit 2003 sagen, dass unter der früheren Direktion der Finanzkontrolle solche Zusatzaufträge auch abgelehnt wurden, beispielsweise einmal beim Führungsinformationssystem Heer. Das hätte auch Minderkosten gebracht, wenn wir damals diese Prüfung hätten machen lassen dürfen.

Also eine Bitte an die Ratsmehrheit hier drin: Seien Sie heute auch effizient, zollen Sie auch der hervorragenden Arbeit der Eidgenössischen Finanzkontrolle Respekt, wie sie von ihren beiden direkten Auftraggebern, der Eidgenössischen Finanzdelegation und dem Bundesrat, zweifelsfrei bestätigt wird.

Ich habe auch für die SP-Fraktion gesprochen.

Brélaz Daniel (G, VD): Lorsque hier, en fin d'après-midi, nous avons appris que sur les 66 millions de francs d'écart qu'il y avait entre le budget selon les décisions de notre conseil et le budget dans la version du Conseil des Etats, ce dernier s'étant rallié à notre conseil sur différentes positions représentant un total de 63 millions de francs et attendant un geste réciproque de la part de notre commission en ce qui concerne les 3 millions de francs restants, je pensais personnellement, ainsi que le groupe des Verts, que nous allions vers une fin de feuilleton et un ralliement de notre conseil aux décisions du Conseil des Etats. Ce n'était manifestement pas ce qui allait se passer dans la réalité.

Je ne voudrais pas revenir sur tous les points sur lesquels nous nous rallions au Conseil des Etats – il y en a quand même quatre –, mais sur les deux qui sont encore contestés aujourd'hui. Concernant la proposition Glarner, il paraît clair que le Conseil des Etats ne lâchera pas, et sur ce point, c'est lui qui tient le couteau par le manche, parce que s'il y a divergence sur le plan financier, eh bien, c'est la version du Conseil fédéral



qui l'emportera à la fin. C'est donc, comme l'année passée, une discussion stérile, mais qu'il n'est pas interdit d'avoir pour autant. La commission a décidé, sur ce point, de ne pas persister dans la stérilité; un de nos collègues le souhaite toutefois. Sur ce point, il faut suivre la majorité de la commission.

En ce qui concerne le Contrôle fédéral des finances, la situation est beaucoup plus inquiétante. Le rapporteur de langue française nous dit qu'il faut d'abord bien analyser les besoins avant de savoir si ces postes supplémentaires sont réellement nécessaires. La Commission des finances a consacré une trentaine de minutes à cette question, ses membres se sont exprimés avec des propos feutrés et en manifestant une certaine gêne à dire qu'ils étaient contre l'attribution des moyens prévus dans le projet – tout en le disant quand même – et en faisant de claires allusions quant au fait qu'on n'attaquait pas les postes, mais son directeur et sa communication.

Or, la commission spécialisée – la Délégation des finances – n'a pas passé trente minutes, mais trois séances complètes, avec une représentation de tous les partis – y compris ceux qui par principe sont contre toute augmentation –, à vérifier l'adéquation entre les besoins et l'augmentation des ressources. Elle a décidé, après ces trois séances, que cela valait la peine, qu'il fallait augmenter les objectifs, non pas pour le plaisir d'avoir des postes, mais pour une meilleure efficacité de l'administration et des procédures fédérales.

Un seul argument s'y oppose: par une vengeance politique, une espèce d'omerta, il s'agit de faire en sorte que

AB 2018 N 2075 / BO 2018 N 2075

le Contrôle fédéral des finances doit demander une autorisation à quelques ténors de ce Parlement à chaque fois qu'il s'exprime pour être sûr que ce qu'il va dire leur convienne. Bien sûr, les mêmes défendent en plus l'indépendance totale dudit Contrôle fédéral des finances. On est où? dans l'omerta? dans une République bananière? En plus, si vous persistez à suivre la majorité de la commission, et que le Conseil des Etats qui raisonne un peu plus sainement que notre commission persiste, cela ira jusqu'à la Conférence de conciliation. Il y aura donc un éclairage très fort des médias – pour peu qu'ils s'intéressent à autre chose qu'à la Grande-Bretagne et à la France – sur ce qui se passe ici.

Dans le "New York Times" et les journaux américains, un comportement pareil du Parlement vaudrait des dizaines de pages pour crier au scandale. Essayez d'éviter que la Suisse ne se retrouve avec une réputation internationale de république bananière uniquement pour une histoire de vengeance personnelle!

Egger Thomas (C, VS): Das Ziel der CVP-Delegation in der Finanzkommission war es gestern, möglichst viele Differenzen zu bereinigen. Dieses Ziel wurde aus unserer Sicht erreicht. Wir konnten bis auf einen Punkt alle Differenzen bereinigen.

Was wir hier im Moment machen, ist etwas Mikromanagement. Wir haben jetzt noch eine Differenz von 41 Millionen Franken zum ursprünglichen Voranschlag des Bundesrates. Das ist im Promillebereich. Unser Ziel ist es deshalb, hier jetzt wirklich abschliessen zu können und nicht in eine Einigungskonferenz eintreten zu müssen. Wir haben auf beiden Seiten Leute, die nachgegeben haben – der Ständerat hat auf der einen Seite nachgegeben, unsere Ratsrechte hat auf der anderen Seite nachgegeben. Wir haben dann bei einem Punkt von uns aus auch taktisch etwas nachgegeben: Er betrifft das Thema Finanzkontrolle, bei dem wir in der Fraktion gespalten waren. Wir haben jetzt gesagt, wir würden der Ratsrechten folgen und hier eine letzte, allerletzte Differenz zum Ständerat schaffen, in der Hoffnung, dass der Ständerat uns dann folgen würde und wir deshalb keine Differenzbereinigung brauchen würden.

Ich ermutige deshalb hier, an dieser Stelle, auch den Ständerat, diese eine Differenz dann zu bereinigen.

Damit ist auch aus unserer Sicht die letzte ganz grosse Differenz bereinigt. Sie betraf den Sach- und Betriebsaufwand, der im Finanzplan grosse Auswirkungen gehabt hätte. Wir hätten dort Kürzungen von bis zu 100 Millionen Franken befürchten müssen. Das fällt jetzt auch weg. Damit kann ich aus Sicht der CVP-Fraktion eigentlich eine positive Bilanz aus der ganzen Budgetberatung ziehen: Wir sind von Anfang an der Linie des Bundesrates gefolgt. Diese Linie hat sich mehr oder weniger durchgesetzt. Positiv aus unserer Sicht sind sicher die Aufstockungen im Bildungsbereich, die insbesondere unsere Bildungspolitiker immer stark vertreten haben. Weiter konnten wir teils massive Kürzungen, die angedroht waren, abwenden.

Ich gestatte mir eine persönliche Bemerkung: Heute ist der Tag der Berge. Wir konnten auch das Alpine Museum retten. Das ist für mich persönlich natürlich ein schönes Zeichen.

Aus unserer Sicht ist das Fazit zu dieser Budgetberatung also positiv. Ich hoffe, dass wir nicht in die Einigungskonferenz eintreten müssen. Ich danke an dieser Stelle ganz herzlich dem Bundesrat, der Finanzverwaltung und auch dem Sekretariat der Finanzkommission für die ausgezeichnete Arbeit und Ihnen für die Aufmerksamkeit.



Vitali Albert (RL, LU): Der Bundesrat legte uns mit einem Ertragsüberschuss von 1,3 Milliarden Franken ein sehr gutes Budget vor. Ausser der BFI-Geschichte, wo wir rund 100 Millionen Franken mehr ausgegeben haben, war die Ausgabendisziplin sehr gut. Der Ständerat hat in der ersten Beratung den Voranschlag mit Mehrausgaben von 105 Millionen Franken im Gegensatz zum Nationalrat verabschiedet. In der ersten Differenzbereinigung hat der Ständerat gestern einige Korrekturen vorgenommen. Im Voranschlag 2019 hatten wir nämlich im Finanzteil, das heisst bei den Zahlen, neun Differenzen. Der Ständerat ist uns bei sieben Differenzen gefolgt. Das sind rund 62 Millionen Franken, die er dementsprechend korrigiert hat.

Die FDP-Liberale Fraktion folgt den Anträgen der Finanzkommission: Wir halten fest, dass von der Aufstockung bei der Finanzkontrolle um diese zehn Stellen oder rund 2 Millionen Franken abgesehen werden soll und muss. Die FDP-Liberale Fraktion will Klarheit von der Eidgenössischen Finanzkontrolle über ihre Kommunikation. Die Eidgenössische Finanzkontrolle macht eine hervorragende, unabhängige Arbeit für Parlament und Bundesrat. Bei der Kommunikation fehlt aber manchmal das gewisse Gespür dafür, wie man diese richtig umsetzt. Darum soll das Rollenverständnis zuerst geklärt werden, bevor weitere Aufstockungen gemacht werden.

Wir sind auch bereit, beim Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2019 dem Ständerat zu folgen, ebenso beim Bereich Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2020–2022. Bekanntlich ist der Finanzplan ein Führungsinstrument, aber die Grundlagen für die finanzielle Zukunft des Bundes werden im Budget gelegt. Daher können wir auch auf die genannten Anträge verzichten und dem Ständerat folgen.

Darum bitte ich Sie, den Anträgen der Finanzkommission zu folgen.

Siegenthaler Heinz (BD, BE): Ich nehme nur noch Stellung zu der einzigen verbliebenen Differenz und bitte Sie, diese auszuräumen, damit wir nicht wegen 1,9 Millionen Franken noch Gefahr laufen, eine Einigungskonferenz einberufen zu müssen. Das wäre dann wirklich übertrieben.

Der Antrag der Finanzdelegation – einstimmig gestellt –, man solle bei der Finanzkontrolle um zehn Stellen aufstocken, erfolgte aus einem ganz klaren Bedarfsnachweis. Wenn Sie da Gelder einsetzen, haben Sie sofort eine Wirkung. Mein Vorredner hat es noch betont. Die Finanzkontrolle leistet gute Arbeit.

Der einzige Grund dafür, diese Gelder hier nicht zu sprechen, ist nichts anderes als eine "Trötzelei" oder eine Straffraktion, weil die Finanzkontrolle unangenehme Botschaften irgendwann halt kommunizieren muss – nach Gesetz kommunizieren muss. Einige, die aus politischen Überlegungen keine Freude daran haben, verweigern jetzt hier als Straffraktion oder als Massnahme diese Aufstockung, die dringend benötigt wird, die sinnvoll ist, die niemand bestreitet. Das verstehe ich nicht. Ich frage dann: Sagen Sie dem nachhaltige Finanzpolitik?

Der Ständerat, Sie haben es gehört, hat einstimmig dieser Aufstockung zugestimmt. Ich bitte Sie daher, diesen kleinen Schritt – der Ständerat hat grosse Schritte auf den Nationalrat zu gemacht – zu machen und die letzte Differenz auszuräumen.

Zum Schluss möchte ich im Namen der BDP-Fraktion dem Bundesrat, der Verwaltung und dem Sekretariat der Finanzkommissionen ganz herzlich für die gute, kompetente Arbeit danken. Wir ziehen eine positive Bilanz über diese Budgetdebatte. Die BDP-Fraktion ist in fast allen Bereichen dem Bundesrat gefolgt. Einzig bei der Bildung haben wir es mitgetragen, hier höhere Beträge einzusetzen, weil das eine Investition in die Zukunft, in die nächsten Generationen, und somit sehr sinnvoll ist.

Bendahan Samuel (S, VD): Le fait que Noël approche, ainsi que la discussion sur le Contrôle fédéral des finances, me rappellent un vieux souvenir: je suis gamin, j'entre dans la cuisine et je vois une couronne de Noël en flammes, je vois un petit feu, et une espèce de nuage de fumée au plafond. Là, j'aurais pu faire comme la Commission des finances, j'aurais pu fermer les yeux. Je ferme les yeux, plus de feu, je ne vois plus rien, pas de problème. Qu'est-ce qu'il se passe après? J'attends une heure, deux heures, et ma maison est en flammes. C'est exactement ce que propose de faire la Commission des finances. C'est exactement ce que fait Donald Trump quand il dit: "Il y a des problèmes avec le climat? On va supprimer les moyens de l'Agence américaine de protection de l'environnement, et comme cela il n'y aura plus de problèmes." Est-ce vraiment la bonne stratégie que de fermer

AB 2018 N 2076 / BO 2018 N 2076

les yeux face aux problèmes? Au contraire, ne devons-nous pas donner au peuple des garanties de contrôle? Je vous invite à renoncer à cette coupe vengeresse, ourdie contre le peuple suisse. Je vous invite à soutenir notre démocratie directe. La démocratie directe passe non seulement par le vote du peuple, mais aussi par le fait d'informer les gens sur le travail que nous faisons, nous, et l'administration fédérale. Le Contrôle fédéral des finances contrôle – c'est son rôle – ce qui est fait au niveau financier, et cela peut rapporter des centaines de



millions de francs. Oui, je vous dis que la coupe que vous proposez est une coupe de moins de 30 centimes par habitant. Et pour moins de 30 centimes par habitant, nous pouvons acheter une assurance qui nous protège contre des scandales qui peuvent se chiffrer en centaines de millions de francs. Je vous invite donc à faire preuve de raison et à penser aux besoins de la surveillance informatique pour l'avenir, aux évolutions et à la nécessité de donner des moyens aux personnes extrêmement et hautement compétentes du Contrôle fédéral des finances pour mieux gérer notre Etat. Nous le devons à la population de notre pays.

Si vous soutenez la proposition de la minorité Kiener Nellen, vous pourrez rentrer chez vous, à Noël, contents de vous. Vous aurez offert un cadeau au peuple suisse, à savoir plus de transparence et une meilleure surveillance de ce que nous faisons. Par les temps qui courent, un peu plus de confiance du peuple dans les institutions, ce serait vraiment un beau cadeau de Noël.

Grüter Franz (V, LU): Wir haben noch eine Minderheit zu beraten. Es geht um die Eidgenössische Finanzkontrolle. Die Finanzkontrolle beschäftigt aktuell 108 Vollzeitangestellte. 108 Vollzeitangestellte entsprechen, wenn Sie zum Vergleich eine Revisionsgesellschaft nehmen, die einen Konzern revidieren muss, einem sehr grossen Arbeitspensum. Wir sind jedoch klar der Meinung, die Aufgabe der Eidgenössischen Finanzkontrolle ist es eben, risikobasiert, priorisiert Risikokontrollen durchzuführen. Mehr Kontrolleure heisst eben nicht automatisch, dass mehr Schwachstellen aufgedeckt werden. Ich kann Ihnen versichern, Herr Siegenthaler, wenn Sie sagen, das sei eine Strafaktion: Das ist keine Strafaktion. Ich bin völlig emotionslos, was das angeht. Wir strafen hier niemanden ab. Wir sind ganz klar der Meinung, dass wir mit 108 Vollzeitangestellten eine Eidgenössische Finanzkontrolle haben, die absolut genügend ist. Wir werden hier also der Mehrheit der Finanzkommission folgen.

Dann sage ich vielleicht noch ein Wort generell zu diesem Budget, das wir jetzt quasi am Ende beschlossen haben. Ich glaube, es gilt trotzdem nochmals festzuhalten: Wir haben 3,1 Prozent Einnahmenwachstum gegenüber dem Vorjahr, die Ausgaben wachsen um 1,8 Prozent. Das, was der Bundesrat jetzt im Budget vorgelegt hat, rund 1,3 Milliarden Überschuss, würden wir, wenn der Minderheitsantrag zur Eidgenössischen Finanzkontrolle noch durchkommt, hier im Parlament um etwa 41 Millionen aufstocken. Für mich ist es ein Schönwetterbudget, das man so jetzt durchwinken kann. Aber ich glaube, wir alle hier drin müssen uns dessen bewusst sein, dass wieder schlechtere Zeiten kommen werden. Die ersten Vorboten einer Abschwächung der Konjunktur sind bereits klar ersichtlich. Von dorthin bin ich sicher, dass wir wieder Jahre haben werden, in denen wir solche Ausgabensteigerungen, auch wie sie in der Bildung beschlossen wurden, nicht mehr werden machen können.

Insofern werden wir hier der Mehrheit der Finanzkommission folgen. Wir sind auch erfreut darüber, dass uns der Ständerat bei sieben Positionen gefolgt ist, namentlich auch, was die Querschnittkürzungen beim Sach- und Betriebsaufwand angeht. Insofern können wir diesem Budget, ohne Hurra zu schreien, am Schluss so zustimmen.

Maurer Ueli, Bundesrat: Ich äussere mich nicht zur verbleibenden Differenz zur Finanzkontrolle. Im Sinne der Gewaltentrennung ist das Ihr Bier. Mit der Differenzbereinigung sind wir einverstanden. Mit den gefundenen Kompromissen können wir leben: Sie sind umsetzbar.

Es bleibt ein Punkt, den ich dann gerne nächstes Jahr frühzeitig in Ihren Kommissionen besprechen würde – das ist die Frage der Schätzung oder des Systems der Asylzahlen. Bei dieser Position haben wir uns jetzt zweimal nicht gefunden. Ich denke, es ist richtig, wenn wir frühzeitig darüber sprechen, wie wir das angehen wollen. Das bleibt für mich für das erste Quartal eine persönliche Pendeiz mit Ihren Kommissionen. Im Übrigen bedanke ich mich für die Beratung des Budgets.

Hadorn Philipp (S, SO), für die Kommission: Ja, wir haben es gehört: 73,5 Milliarden Franken Einnahmen zu 72,3 Milliarden Franken Ausgaben – eine Situation mit einem Überschuss von rund 1,2 Milliarden Franken. Wir sind in diesem Budgetprozess eigentlich in einer guten Situation. In all den Diskussionen, die wir jetzt noch führen könnten, geht es um relativ geringe Beträge. Und nichtsdestotrotz: Sie sind von bemerkenswerten Auswirkungen auf die Verwaltung, auf die Betroffenen, die unter verschiedenen Spielanlagen dann ihre Tätigkeiten ausüben können oder eben nicht ausüben können.

Sie haben es gehört: Einzig die Erhöhung der Anzahl Stellen bei der Eidgenössischen Finanzkontrolle mit entsprechender Kostenfolge blieb das Pièce de Résistance in Ihrer Finanzkommission. Mit 14 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschloss Ihre Kommission, an dieser Reduktion beziehungsweise an dieser Nichterhöhung festzuhalten. Die Argumente konnten Sie hören. Ein Teil fand es schlichtweg nicht notwendig, dass die Finanzkontrolle ausgebaut wird. Die Finanzdelegation hatte einstimmig beantragt, diese auszubauen, weil der Mehrwert nachgewiesen sei und ein Controlling auch für die Resonanz, die Akzeptanz, die Governance von



grosser Bedeutung sei und somit auch bewerkstelligt werden sollte. Parallel dazu gab es aber auch Kritik an der Kommunikationspraxis des Direktors der Eidgenössischen Finanzkontrolle. Es wurde dargelegt, dass auch dies ein Grund sein könnte, dass man diesen Apparat nicht ausbauen wolle, sondern ihm einen Denkkzettel verpassen wolle, um zu zeigen, nein, so gehe es nicht.

Die Minderheit Kiener Nellen empfiehlt nun, die Mittel zur Aufstockung gemäss Finanzdelegation, Eidgenössischer Finanzkontrolle, Ständerat und bundesrätlichem Entwurf um knapp 2 Millionen Franken mit dem entsprechenden Stellenaufbau zu gewähren. Das lehnt die Mehrheit der Kommission, wie gesagt, ab. Der Entscheid in der Kommission fiel mit 14 zu 9 Stimmen. Zur Vorgehensweise und dazu, wie es weitergeht: Stimmen wir der Mehrheit zu, liegt es am Ständerat, ob er uns nachgibt oder ob es zu einer Einigungskonferenz kommt. Stimmen wir der Minderheit Kiener Nellen zu, fällt Letzteres bereits weg. Es braucht keine Einigungskonferenz, weil dann die letzte Differenz nicht mehr vorhanden ist.

An dieser Stelle möchte ich, falls es keine Einigungskonferenz gibt und ich hier als Kommissionssprecher nicht mehr zu sprechen habe, der Verwaltung ganz herzlich danken. Wir haben eine intensive Zeit verbracht. Wir hatten Rahmenbedingungen, die einfacher waren als in anderen Jahren, und trotzdem: Wir konnten von der guten Arbeit dieser Verwaltung profitieren, konnten Einblick erhalten. Dafür sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Grin Jean-Pierre (V, VD), pour la commission: Comme je vous l'avais dit lors de ma première intervention, il nous restait une divergence en ce qui concerne le budget et la proposition Glarner à propos de l'Erythrée. Cette proposition ayant été retirée, il ne reste plus que la proposition de la Commission des finances concernant le Contrôle fédéral des finances et celle défendue par la minorité Kiener Nellen.

Permettez-moi de résumer rapidement la position de la majorité et celle de la minorité. La minorité Kiener Nellen propose de maintenir le budget au niveau de 29 685 600 millions de francs, l'augmentation étant motivée par le Conseil fédéral: les contrôles sont de plus en plus complexes et, pour mieux évaluer les risques, une augmentation de dix postes de travail serait nécessaire.

Pour la majorité, la gestion des contrôles n'est pas en cause. Pour reprendre l'exemple cité par Monsieur Bendahan du départ du feu dans la maison: avant d'augmenter les ressources de dix postes, il faut une meilleure évaluation des besoins

AB 2018 N 2077 / BO 2018 N 2077

et fixer certaines priorités. La majorité de la Commission des finances de notre conseil vous propose donc de maintenir cette divergence et d'en rester, pour ce qui concerne le Contrôle fédéral des finances, aux 108 postes de travail actuels, ce qui correspond à un montant de 27 719 000 millions de francs.

Par 14 voix contre 9 et 2 absentions, la Commission des finances vous propose de maintenir la décision que notre conseil a prise lors du deuxième débat.

Finanzdepartement – Département des finances

611 Eidgenössische Finanzkontrolle

611 Contrôle fédéral des finances

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Kiener Nellen, Bendahan, Brélaz, Gysi, Hadorn, Meyer Mattea, Schneider Schüttel, Siegenthaler, Weibel)

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Maintenir



Proposition de la minorité

(Kiener Nellen, Bendahan, Brélaz, Gysi, Hadorn, Meyer Mattea, Schneider Schüttel, Siegenthaler, Weibel)
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2020–2022

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2020–2022

Art. 2 Bst. p

Antrag der Mehrheit
Festhalten

Antrag der Minderheit

(Kiener Nellen, Bendahan, Brélaz, Gysi, Hadorn, Meyer Mattea, Schneider Schüttel, Siegenthaler, Weibel)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 2 let. p

Proposition de la majorité
Maintenir

Proposition de la minorité

(Kiener Nellen, Bendahan, Brélaz, Gysi, Hadorn, Meyer Mattea, Schneider Schüttel, Siegenthaler, Weibel)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.041/18042)
Für den Antrag der Mehrheit ... 116 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 70 Stimmen
(7 Enthaltungen)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Département de l'économie, de la formation et de la recherche

735 Vollzugsstelle für den Zivildienst

735 Organe d'exécution du service civil

Antrag der Kommission

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté



4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2020–2022
4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2020–2022

Art. 2 Bst. t

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 2 let. t

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2019
3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2019

Anhang 1 – Annexe 1

Behörden und Gerichte – Autorités et tribunaux

104 Bundeskanzlei

104 Chancellerie fédérale

Antrag der Kommission

LG1: Unterstützung Bundesrat und Bundespräsidium

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

GP1: Soutien du Conseil fédéral et du président de la Confédération

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Finanzdepartement – Département des finances

614 Eidgenössisches Personalamt

614 Office fédéral du personnel

Antrag der Kommission

LG1: Personal- und Vorsorgepolitik

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

GP1: Politique du personnel et politique de prévoyance

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

AB 2018 N 2078 / BO 2018 N 2078



4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2020–2022

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2020–2022

Art. 2 Bst. q

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 2 let. q

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 2 Bst. i

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Glarner

Festhalten

Art. 2 let. i

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Glarner

Maintenir

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): La proposta Glarner è stata ritirata.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Art. 2 Bst. z

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 2 let. z

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté